

Entwicklungssachse als Muss

B 212: Verkehrsministerium erkennt erhebliche verkehrliche Probleme in Delmenhorst

VON
ROBERT LÜRSSEN

Die B 212 neu muss im Paket mit einer Westumgehung („Entwicklungssachse“) zur A28 geplant werden. Das fordert das Bundesverkehrsministerium in einem Schreiben an die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr.

„Die verkehrswirtschaftliche Untersuchung (VWU) hat ergeben, dass sich durch einen Bau der B 212n [...] erhebliche verkehrliche Probleme in Delmenhorst ergeben“, schreibt das Ministerium. Die Westumfahrung sei im Hinblick auf eine Lösung der Situation in Delmenhorst notwendig.

„Damit wird erstmals von offizieller Seite bestätigt, dass verkehrlenkende Maßnahmen nicht ausreichen, um das Problem zu lösen, egal welche Variante realisiert wird“, kommentiert Martin Clausen, Sprecher der Interessengemeinschaft B 212-freies Deich- und Sandhausen.

Ein Grund zum Feiern ist das für die Bürgerinitiative jedoch nicht. „Es ist die absolut schlechteste Lösung für alle“, meint sein Mitstreiter Uwe Kroll. Begründung: Es werde eine zusätzliche Straße gebaut, die weder in Ganderkesee noch in Delmenhorst erwünscht sei, es werde der meiste Verkehr in Richtung Wesertunnel erzeugt und die



Aktueller denn je: Die Protestplakate gegen den Bau der B 212 neu auf den bisher von den Landesplanern bevorzugten Trassen. Kleines Foto: Uwe Kroll (links) und Martin Clausen, Sprecher der Bürgerinitiative B 212-freies Deich- und Sandhausen. Fotos: Dobeneck

Belastung für Deich- und Sandhausen sei maximal. Selbst für die Schutzgebiete in Bremen sei die Lösung schlecht, weil dadurch vier-spurige Straßen durch die wertvolle Landschaft notwendig würden.

Bislang taucht die Westumgehung im Bundesverkehrswegeplan nicht auf. Das Verkehrsministerium hat jedoch einen Weg ausgemacht, um die Straße dennoch bauen zu können. Es verweist in dem Schreiben auf Paragraph 6 des Fernstraßenausbaugesetzes. Dieser ermöglicht ein Abweichen vom Verkehrswegeplan,

wenn dies wegen „eines unvorhergesehenen höheren oder geringeren Verkehrsbedarfs [...] erforderlich ist“. Nach Recherchen der IG B 212 ist diese Möglichkeit deutschlandweit erst zwölfmal angewendet worden.

Für Kroll und Clausen ist klar: „Dem mautfinanzierten Wesertunnel kann nur über die Westumfahrung die maximale Verkehrsmenge zugeführt werden.“ Sie fordern Politiker und Verwaltung in Ganderkesee und Delmenhorst auf, kommunenübergreifend zu beraten, um zu gemeinsamen Beschlüssen zu kom-

men. Eine mögliche Kompromisslösung haben sie ohnehin parat: Die von ihnen erarbeitete „verkehrsoptimierte Nordvariante“. Sollte die Südvariante plus Entwicklungssachse dennoch irgendwann als Ergebnis eines Planfeststellungsverfahrens auftauchen, sehen sie gute Möglichkeiten, das Projekt wie schon 1996 auf dem Klageweg zu stoppen. „Unsere Chancen haben sich durch das Schreiben nicht verschlechtert“, meint Kroll. Das Verfahren sei in erheblichen Maße fehlerhaft gewesen, was durch den Brief belegt werde.